

(6000 Bruttoregister-tonnen) mit 735 Tonnen Eisen für Italien.

Auch eine Folge des U-Boottkrieges.

Genfer Blätter melden aus Paris: „Welt Parisien“ berichtet aus London: Infolge der deutschen U-Boottätigkeit kann die große Konferenz der englischen Dominions zu dem festgesetzten Termin nicht in London stattfinden. Die Reichskonferenz, welche wichtige Beschlüsse über die Endziele des Krieges zu fassen hat, kann erst in einem späteren Zeitraum zusammentreten.

Ruf nach allerschärfsten Vergeltungs-Maßregeln.

Aus französischer Gefangenschaft kürzlich nach Deutschland zurückgekehrte Krankenpfleger berichten über zwei Vorfälle während der Champagne-Schlacht im Herbst 1915, welche in erschreckender Weise französische Offiziere und Unteroffiziere als Bestien zeigen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu, Vorkommnisse solcher Art müßten in uns den Willen bestärken, Vergeltungsmaßregeln so scharf wie möglich durchzuführen.

Erhöhung des Notenumlaufs der Bank von Frankreich.

Paris, 19. Februar. Wie amtlich mitgeteilt wird, erhöht die Bank von Frankreich ihren Notenumlauf von 18 auf 21 Milliarden Francs. In Zusammenhang damit wird gemäß den Bestimmungen des neuen Gesetzes der Vorstoß der Bank an die Regierung von 9 auf 12 Milliarden erhöht.

Gerard zum Frühstück bei Briand.

Lugano, 19. Februar. Briand gab Gerard, dem bisherigen amerikanischen Botschafter in Berlin, ein Frühstück, an dem die Botschafter der Ententemächte teilnahmen.

Die Haltung des Papstes.

Lugano, 19. Februar. Gegenüber der tendenziösen antideutschen Polemik der italienischen Blätter wegen der möglichen Haltung des Papstes in der Frage des verschärften deutschen U-Boottkrieges stellt der katholische „Corriere d'Italia“ fest, daß die deutsche Note bezüglich des U-Boottkrieges dem Papst überhaupt amtlich nicht mitgeteilt worden ist. Durch diese Feststellung wird allen Spekulationen von Seiten der Entente über die Stellungnahme des Papstes in dieser Frage der Boden entzogen. — Die italienische Presse nimmt von den Reden Bissolatis in Paris nicht übermäßig Notiz.

Trinkprüche zur Eröffnung der Petersburger Konferenz.

Lugano, 19. Februar. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ wurde der Petersburger Bürgermeister Delianoff auf dem Festessen, das für die Teilnehmer an der Konferenz veranstaltet war, Rußland und das russische Heer werden die Waffen nicht niederlegen, bis der Feind sich vor den Friedensbedingungen, die ihm die Alliierten aufzwingen werden, beugt. Das französische Kammermitglied Doumergue erwiderte darauf, Frankreich werde durch ihn erfahren, daß Rußland in unerhöflicher Weise Einigkeit mit den Alliierten zur Erzwingung des Endsieges zusammenstehe, der allen großen Nationen die Freiheit endgültig sichern werde.

Ein Aufruf an die englischen Erfinder zur Betämpfung der U-Boote.

Rotterdam, 20. Februar. In allen englischen Kriegswerkstätten kann man seit einigen Tagen ein Plakat lesen, das sich an alle Ingenieure und Arbeiter richtet und große in Bargeld zu zahlende Belohnungen jenen verspricht, die wirkungsvolle Mittel gegen die feindlichen U-Boote angeben können. Man will also die Erfinder für Vernichtungsmittel gegen U-Boote ansprechen, was man gewiß nicht täte, wenn man mit den in Anwendung stehenden Einrichtungen Erfolg hätte. Dieser Aufruf an die Erfinder entstammt dem englischen Marineamt.

Henderson wird kleinlaut.

Rotterdam, 17. Februar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Minister Henderson sagte gestern in einer Rede in Manchester: Wie haben das Gefühl, daß unser großes Volk und seine tapferen Verbündeten in den nächsten Monaten auf eine Probe gestellt sein werden, wie nie zuvor, seit die erste Schlacht in diesem Kriege geschlagen wurde. Ich teile dieses Gefühl voll und ganz. Der Minister erklärte dann, daß er noch nie so festes Vertrauen gehabt habe, daß die Verbündeten ihre Feinde besiegen würden. Die Befehlshaber der im Felde stehenden Armeen würden bitter enttäuscht sein, wenn sie im kommenden Sommer dem Feinde nicht einen Schlag verleiht haben, der mit den anderen bekannten Faktoren zusammen zu einem Endsieg führe, wie die Verbündeten ihn wünschten.

Mobilmachung der italienischen Landwirtschaft.

Lugano, 19. Februar. Nach einer Meldung der „Tribuna“ wird die italienische nationale Feldarbeiterliga einen Kongreß nach Rom einberufen zu dem Zweck, der Regierung alle verfügbaren Feldarbeiter für die Bebauung brach liegender Ländereien freiwillig zur Verfügung zu stellen.

Französische Kohlenkrawalle.

Von der schweizerischen Grenze, 20. Februar. Die Kohlenkrawalle in Paris und in den Provinzen Frankreichs wiederholen sich. An verschiedenen Orten mußte die Polizei eingreifen. In Boulogne-sur-Seine kam es am Sonnabend zu sehr schweren Zwischenfällen. Ueber 400 Personen plünderten ein Kohlenlager und schleppten

etwa 8000 kg Borräte fort. Die Polizei nahm 40 Verhaftungen vor. Der Pariser Abgeordnete Petit-Jean brachte in der Kammer eine Vorlage auf Einführung von Kohlenmarkten ein, die drei Monate Gültigkeit haben sollen.

„Orleans“ und „Rochester“ doch abgefahren?

Genf, 20. Februar. Aus Neuyork wird vom Montag gemeldet: „Orleans“ und „Rochester“ haben endlich Neuyork mit der Bestimmung Europa verlassen. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß die beiden Dampfer unversehrt an ihren Bestimmungsort gelangen werden.

Die Richtlinien für die Haltung Amerikas.

Haag, 20. Februar. In einem Zeitartikel erklärt das „Handelsblad“ u. a. in Bezug auf die Haltung Amerikas: Das Nichtausfahren von Schiffen aus den amerikanischen Häfen kann für die Vereinigten Staaten keinen Grund bilden, Deutschland den Krieg zu erklären, nachdem bereits 2 1/2 Jahre kein amerikanisches Schiff nach Deutschland abfahren konnte, da England dies hinderte.

Die Weigerung der Warschauer Schiffsreederei.

Basel, 20. Februar. Wie der „Matin“ berichtet, weigern sich die Reeder von Marseille weiter, der Anordnung der Regierung nachzukommen, ihre Schiffe auslaufen zu lassen, solange nicht die Regierung die Versicherung gegen Kriegsgefahr mit 80 vom Hundert übernimmt.

Wettervorhersage.

Weist trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschläge.

Scherz und Ernst.

„Eingang zum — Helldenkmal!“ Kürzlich — so erzählt ein Feldgrauer — besichtigte die Exzellenz unseren Unterstand. Ihr fiel ein großes Schild am vorderen Stollen auf, das besagte: „Eingang zum Helldenkmal hier!“ — „Was heißt denn das: Helldenkmal?“ fragte die Exzellenz verwundert. Niemand antwortete, und der General wiederholte daher seine Frage. Da faßte ein junger Leutnant sich den Mut zu folgen dem Sage: „Ja, Exzellenz verzeihen, wir haben diesen unseren festesten Unterstand „Helldenkmal“ genannt, weil zu Beginn eines Sturmangriffes sich stets die allergrößten Helden hier versammeln!“ Die Exzellenz soll von dieser Auskunft in hohem Maße befriedigt gewesen sein und an jenem Tage keine besonderen Fragen mehr gestellt haben.

Getreide- und Brotpreis.

Ein + kommt zum andern.

Im Weltalter der Plusmacherei tut man gut, immer den Rechenstift bereit zu halten. Da findet man mancherlei Interessantes.

Prof. Dr. Hentig veröffentlicht im „Berl. Lokal-Anzeiger“ folgende Feststellung:

„Der Landmann bekommt — wie vor dem Kriege — für einen Zentner Roggen 11 Mark, Weizen 13 Mark.“

Die Reichsgetreidestelle liefert an Berlin einen Zentner Roggenmehl für 16,75 Mark, Weizenmehl 18,75 Mark.

Berlin liefert dem Großhändler Roggenmehl für 21,05 Mark, Weizenmehl für 26,45 Mark, und dieser nimmt vom Bäcker bei 1,85 Mark Zuschlag frei Hof 22,90 Mark und 28,25 Mark. So die amtliche Auskunft, nach der das Weizenmehl 25,65 + 1,85 = 27,50 Mark kostet.

Wie ich mich aus einer Bäckerrechnung überzeugte, ist im Handel der Roggenmehlpreis 27,50, also der des Weizenmehls!

Das Brot würde nach dem Verhältnis 7 : 5 (100 Pfund Mehl geben 140 Pfund Brot) 19,60 Mark kosten. Tatsächlich aber schwanken die Brotpreise an verschiedenen Orten zwischen 14,50 und 26 Mark (!), wie Eßpfer-Großhändler in seinem Truchseste „Spannung der Brotpreise“ einwandfrei nachweist. Er berechnet auch ganz genau, daß das Brot bei mäßigem Verdienste der Mühlen und des Handels wie der Bäcker nicht mehr als 15 Mark per Zentner kosten dürfte.

Woher kommt der viel zu hohe Preis des Weizenmehls?

Wie berechnet Berlin den Verdienst? Hier muß Venderung eintreten. Das Brot muß billiger werden. Statt dessen will man den Preis von 64 auf 80 Pfg. erhöhen. Warum?? Unerträglich ist der Wucher in Gemüse und Rüben. Der Landmann bekommt den Festpreis von 2,50 Mark für 1 Zentner Kohlräben, der Handel nimmt 8, auch 8 und 9 Pfg. — ja sogar bis 20 Pfg.! Den neunfachen Preis! Wo bleibt da das Kriegswucheramt? Warum schritt es nicht bei dem unsinnigen Preisausschlag für Gänse und Kapsel ein? Spinat kostet heute 2,50 Mark das Pfund, früher 10—30 Pfg.! Rosenkohl 3 Mark das Pfund!

Daß auch andere Waren in dieser Zeit allgemeiner rücksichtsloser Profitwut beliebiger Steigerung unterliegen, sah ich in Selbstgeschäften. Ein Beispiel: Dieselben Nichte, welche ich in der Hoffener Straße für 3 Mark das Paket, also 50 Pfg. das Stück kaufte, sollten an anderen Orten 70 und 80 Pfg. kosten. Da sollte doch die Behörde einschreiten.“

Und wenn ein Durchbruch glückte

Dann kommt der Bewegungskrieg.

Der Schweizer Stegemann behandelt im „Berne Bund“ die Frage, ob die Entente den Durchbruch in Westen nochmals versuchen werde, und bemerkt, daß selbst nach einem geglückten Durchbruch erst im Bewegungskrieg die Entscheidung gesucht werden müsse. Er führt dazu folgendes aus:

Der Bewegungskrieg ist dem deutschen Heere in Fleisch und Blut übergegangen, während die englische Armee in ihrer heutigen Gestalt ihn überhaupt nicht kennt, die französische Armee ihn zum mindesten seit November 1914 nicht mehr gekostet hat. Dann wird sich zeigen, wie wichtig und richtig es für die Außenlinien stehenden Deutschen war, ihre Divisionen immer aufs neue einzusetzen, und stets darauf zu halten, daß möglichst alle einmal an einem großen Bewegungsfeldzug und somit am wahren Krieg teil nähmen. Gerade die Feldzüge im Osten und somit die Feldzüge in Serbien und Rumänien haben gezeigt, daß zwar auch hier die Artillerie eine sprunghaft wachsende Bedeutung genießt, daß aber nach wie vor die geistige Führung und die in erprobter Manneszucht gereifte Marsch- und Bewegungsfähigkeit der Truppe das strategische Gesetz prägt, das im Westen heute noch zwischen den Gräben eines entarteten Materialkrieges verscharrt liegt.

Die Ankündigung der neuen Steuern.

Ein Ueberblick über den Reichshaushalt für 1917 wird heute kurz vor Zusammentritt des Reichstages in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht.

Die Kriegsverhältnisse machen eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben unmöglich. Es sind deshalb, wie im Etat für 1916 im allgemeinen die Ansätze des letzten Friedensetats übernommen worden. Indessen sind die ordentlichen Ausgaben für Reichsschuld, insbesondere für deren Verzinsung und Tilgung, mit dem tatsächlich erforderlichen Betrag in Höhe von rund 8566 Millionen Mark eingestellt.

Zur Herstellung des Gleichgewichts im Etat reifen die Entschlüsse aus den bisherigen Kriegsteuern nicht aus. Der zur Deckung fehlende Betrag von 1250 000 000 Mark soll durch neue Kriegsteuern aufgebracht werden.

Es sind in Aussicht genommen:

- eine Kostenabgabe vom Werte der geförderten Kohle,
- die Erhebung eines Zuschlags zur außerordentlichen Kriegsabgabe, und
- eine Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs auf Eisenbahnen, Wasserstraßen, Kleinbahnen usw.

Neue Beamtenstellen.

Der in den Etats für 1915 und 1916 durchgeführte Grundsat, während des Krieges neue Etatsstellen nicht auszubringen, ist im allgemeinen beibehalten worden. Im Etat des Reichsamts des Innern ist die Stelle für einen zweiten Unterstaatssekretär im Unbetracht der weiter stark gestiegenen Geschäftslast vorgezogen. Außerdem werden neue etatsmäßige Friedensstellen nur für einige im Laufe des Krieges fertiggestellte Betriebe und Anlagen sowie zur Sicherung der Betriebsfortführung und angefaßt der besonderen Bedürfnisse bei den Betriebsverwaltungen angefordert. Ein Vorgehen nach dieser Richtung bedingten besonders die Verhältnisse bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. Der Etat dieser Verwaltung sieht an neuen Friedensstellen vor: 325 Stabsdirektoren unter Einziehung von 175 Inspektorstellen, 404 Stellen für mittlere Beamte, 3000 für Post- und Telegraphengehilfen und 7120 für Unterbeamte. Zur Erhöhung der Mätensätze für nichtetatsmäßige Beamte werden dort außerdem 8453 000 Mark angefordert. Die Verhältnisse nach dem Kriege, insbesondere die Verminderung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte infolge der Kriegsverluste werden dazu nöthig sein, u. a. darauf Bedacht zu nehmen, in welcher Weise die Zahl der im Reichsdienst beschäftigten Beamten und der fortgesetzt wachsende Aufwand an Beamtengehältern herabgemindert werden können. Die Prüfung ist eingeleitet und wird, soweit es die Verhältnisse während des Krieges gestatten, demnächst durchgeführt werden.

Für den Wohnungsfürsorgefonds sind im Etat infolge Ausdehnung seiner Zweckbestimmung auf Kriegsbeschädigte und Witwen von im Kriege Gefallenen gegen das Vorjahr 5 Millionen Mark mehr vorgezogen.

Zur Schuldentilgung werden 81 186 492 Mark bereitgestellt. Durch das Etatsgesetz wird — wie im Vorjahr — angeordnet, daß eine Tilgung der Kriegsanleihen nicht stattfindet, weil hierüber erst nach dem Friedensschlusse bestimmt werden kann.

Der Schatzungs-kredit ist auf drei Milliarden Mark erhöht, um der Finanzverwaltung für die Klaffigmachung der Kriegsanleihekredite einen größeren Spielraum zu geben.

Die ungedeckten Matrikularbeiträge sind nach dem Satz von 80 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung vom 1910 auf 61 940 794 Mark berechnet.

Der Hinterbliebenenversicherungsfonds belief sich am 1. Februar 1917 nach dem Nennwert der Wertpapiere auf 21 183 300 Mark.